

Viele Wege führen in die Sackgasse

... auch das "Aktionsprogramm" der GAM

Die breit angelegte Offensive der Bourgeoisie treibt die Arbeiterbewegung immer weiter in die Enge. Die Gewerkschaftsbosse reduzieren ihre Hilfsarbeit für das Kapital nicht mehr nur darauf, jede Gegenwehr seitens des Proletariats in faule Kompromisse und schließlich Niederlagen abzubiegen. Sie sind - wie es die "Bündnis für Arbeit"-Kampagne zeigte - dazu übergegangen, Co-Managementaufgaben zu übernehmen und Unternehmern und Regierung beim Angriff auf die Werktätigen mit konstruktiven Vorschlägen zur Seite zu springen. Der erhöhte Druck, der dadurch auf der Klasse lastet, hinterläßt auch bei der Linken seine Spuren. Wie wir im Artikel zum BSA (s. Seite 16) erläutert haben, versuchen manche Linke dem Dilemma dadurch zu entkommen, daß sie unter Verweis auf neue Realitäten den Gewerkschaften insgesamt den Rücken kehren, sich als radikal präsentieren aber letztlich der Gewerkschaftsführung das Feld überlassen. Die Mehrzahl der sich auf den Marxismus berufenden Organisationen erweist sich aber aus anderem Grunde als unfähig, der desorientierten Arbeiterklasse Wege aus der Sackgasse aufzuzeigen: Dem Rechtsruck in der Arbeiterbewegung wird Schritt für Schritt gefolgt. Um sich nicht von der Masse zu isolieren, wird die Anpassung an sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und politisch rückständige Teile der Arbeiterklasse vollzogen und dies selbstredend mal mit mehr mal mit weniger radikaler Rhetorik gewürzt.

V.a. die Streiks in Frankreich im Dezember 95 ließen den Ruf nach einer "kämpferischen Gewerkschaftsströmung" (RSB) bzw. "klassenkämpferischen Basisbewegung" (GAM) wieder populärer werden. Kern dieser Konzepte ist der Glaube, eine breite innergewerkschaftliche Opposition unterhalb kommunistischer Programmatik organisieren zu können, die dann aus heiterem Himmel die Führung ersetzt. So werden die existierenden sozialdemokratischen Illusionen der Basis keineswegs erschüttert, sondern linksreformistisch verlängert und der Bruch mit der Gewerkschaftsführung schließlich verhindert.

Um die erwünschten reformistischen Partner aus Betriebsräten und Funktionärskörper nicht zu verschrecken, werden den Kompromißlern mit dem Kapital Zwischenschritte und Handreichungen angeboten, statt klar und deutlich die notwendigen Schritte im Klassenkampf aufzuzeigen. Wir setzen uns im Folgenden vorwiegend mit der GAM auseinander, weil sich diese Gruppe (wie alle zentristischen Organisationen) durch den Versuch auszeichnet, ihre reformistischen Konzepte revolutionär zu verbrämen. Beim Vergleich mit der Politik anderer opportunistischer Organisationen wird deutlich, daß die GAM, wenn sie konkret wird, beim klassischen Reformismus landet.

Mindestlohn und Übergangsprogramm

In ihrer Zeitung *arbeitsmacht* vom September 96 z.B. diskutiert sie die Frage der Forderung nach einem Mindesteinkommen äußerst kritisch:

"Wenn sie für sich allein steht oder zum zentralen Lösungsmittel des Kampfes gegen Verelendung hochstilisiert wird, geht sie implizit mit der Anerkennung einer viel grundlegenden Verteilung, nämlich der der Arbeit im Kapitalismus einher. Sie tastet selbstredend die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, die

Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital und grundlegende Folgen davon, wie die Arbeitslosigkeit, nicht an. Die problematische Seite der Forderung nach einer Grundsicherung für alle zeigt sich daher immer, sobald sie entweder verabsolutiert bzw. mit Attributen versehen wird, die ihr nicht zukommen" (*arbeitsmacht* 42).

Dieses vermeintlich orthodoxe marxistische Verständnis entpuppt sich jedoch schnell als leere Hülle. In ihrer Zeitung vom Mai 1996 und der Flugschrift *Wehrt Euch! Organisiert Euch* (ohne Datum), in denen sie ihr Aktionsprogramm für eine "klassenkämpferische Basisbewegung" veröffentlichte, stellte sie die Forderung nach einem Mindesteinkommen zwar in der Tat nicht als "Alternative oder im Gegensatz" zu Forderungen der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit dar. Aber - ganz lebensnah und populär - wird ihre Mindesteinkommensforderung auf völlig unausgewiesener Grundlage konkretisiert: Mal ist von "DM 2000,- netto für alle!" die Rede; für Arbeitslose, RentnerInnen, Hausfrauen bzw. -männer soll "Ein Mindesteinkommen in der Höhe eines durchschnittlichen Arbeitergehalts, automatisch angepaßt an die Steigerungsrate der Preise!" Anwendung finden; für StudentInnen und Jugendliche soll es "ein elternunabhängiges Mindesteinkommen von 1500,- DM" geben.

Mit diesen willkürlichen reformistischen Lösungsvorschlägen unterscheidet sich die GAM nicht vom übrigen linken Sozialarbeitertum à la SAV, Linksruck-Jusos oder PDS, die alle mit eigenen Zahlen aufwarten und damit den anvisierten Bündnispartnern des kapitalistischen Krisenmanagements nur ihre Berechenbarkeit beweisen wollen. Natürlich sind KommunistInnen für Mindestlöhne auf existenzsichernder Grundlage (dies schließt Mindesteinkommen für z.B. SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen ein).

Die Festlegung und Umsetzung dieses Minimums ist allerdings keine Minimalforderung, die der Übergangsforderung nach der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit vorausgeht, sondern Teil ihrer Realisierung. Wer diesen Zusammenhang verschleiert bzw. verschweigt, suggeriert nur die Möglichkeit einer sich endlos hinziehenden Kette von reformerischen Erfolgen. Das Lohn-/Einkommensminimum ist eben nicht Teil eines stinknormalen Tarifvertrages, sondern Bestandteil der Umsetzung von Übergangsforderungen, die schnell an die Grenzen des Systems stoßen. Trotzki beschreibt dies im *Übergangsprogramm* folgendermaßen:

"Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen die Arbeiter mit den Arbeitslosen in der Solidarität einer gegenseitigen Verantwortlichkeit verbinden. Auf dieser Grundlage würde die gesamte vorhandene Arbeit unter alle vorhandenen Arbeiter aufgeteilt, und damit wird die Dauer der Arbeitswoche bestimmt. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie in der alten Arbeitswoche. Die Löhne sollen, bei einem streng garantierten Minimum, der Preisbewegung folgen" (*Übergangsprogramm*, Räte Verlag Berlin 1972).

KommunistInnen müssen in den Gewerkschaften einen konsequenten Kampf für diese Position führen, denn nur im Rahmen des gesamten Systems von Übergangsforderungen kann der Generalangriff auf den Lebensstandard der Werktätigen gestoppt werden. Die GAM dagegen reißt einzelne Forderungen aus ihrem Kontext.

Linksreformistischer Gemischtwarenladen

Die Erfahrung aller Klassenkämpfe zeigt, daß die konkreten "Attribute" à la GAM, wie auch ihre Forderung nach "Rückholung (?) der Lohnverluste der letzten Jahre!" (*arbeitsmacht* 41, Mai 96), den nötigen Bruch mit der Kapitallogik behindern und so den Bürokraten zukünftige Vertragsabschlüsse erleichtern.

Und so stellt sich die GAM natürlich auch - genauso wie all die linken Reformer um PDS und SPD - als konstruktiv kritisch dar, wenn sie meint: "Die Unternehmer, nicht die Arbeiter sollen den 'Aufbau Ost' zahlen!" (*ebenda*). Wie allgemein bekannt, wurde unter dem Decknamen "Aufbau Ost" die kapitalistische Umstrukturierung des vormals deformierten Arbeiterstaates DDR inszeniert. Damit wurden Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe flächendeckend abgewickelt oder als Subventionsspender genutzt, was Millionen den "Schwung" in die Arbeitslosigkeit beschert(e). Nur Zyniker oder offene Opportunisten machen sich Sorgen um dessen Finanzierung - die GAM jedenfalls will sich auch da nicht isolieren.

Sie ist da durchaus konsequent, denn sie wollte schon im Zuge des Anschlusses mit ihrer Losung "Treuhand unter Arbeiterkontrolle!" diese kapitalistische Institution bei ihrer Abwicklungsaufgabe demokratisch kontrolliert wissen - zur letztendlichen Systemüberwindung, versteht sich. Auch in ihrem Aktionsprogramm für eine "klassenkämpferische Basisbewegung" bemüht die GAM immer und immer wieder die Losung nach Arbeiterkontrolle und läßt sie damit zu einem Fetisch und Ersatzmobilisierungsslogan verkommen. Mit dieser Losung soll den Massen in vorrevolutionären Situationen eine Perspektive eröffnet werden, die über die Ablehnung des Existierenden hinausgeht, die Machtfrage aufwirft und die Keimform der neuen sozialistischen Planwirtschaft darstellt. Die Propagierung dieser Losung für einzelne Betriebe oder Branchen ist reformistischer Nonsense und die GAM präsentiert diese fundamental unmarxistische Anwendung immer wieder aufs Neue. Ohne die Arbeiterkontrolle mit der Frage der Arbeiterregierung, der proletarischen Staatsmacht, zu verbinden, bleibt sie Hülse für sozialdemokratische Belegschaftsmanagement-Konzepte. In den "Kernelementen" ihres "Aktionsprogramm(s)" für die Gewerkschaften, das der Politik der Gewerkschaftsbürokratie gegenübergestellt werden kann" (*ebenda*) schafft es die GAM, die Frage der Macht mit keinem Wort zu erwähnen.

Sehr links wähnt sich die GAM - im Verein mit anderen zentristischen und reformistischen Organisationen - dann, wenn sie Losungen wie "Laßt die Reichen zahlen! Progressivsteuer auf Einkommen und Besitz!" (*arbeitsmacht* 42, September 96) oder die der "progressiven Besteuerung von Kapital und Besitz!" (*arbeitsmacht* 41, Mai 96) aus der sozialdemokratischen Mottenkiste ausgräbt. Damit traten die Enkel Willy Brandts (u.a. der heutige SPD-Vorsitzende Lafontaine) bereits in den 70er Jahren auf, um der nach links ausgescherten Arbeiterjugend die "soziale Marktwirtschaft" schmackhaft zu machen und sie auf den rechten Pfad der Sozialdemokratie zurückzuführen.

Die ständigen Warnungen vor der Isolation von der Klasse und der Glaube, daß ein festes Auftreten im Sumpf des Machbaren die Arbeiterbewegung zu neuen Höhen führen könnte, führen mit jedem Schritt tiefer in die klassische "Elends-Verwaltung": Die kommunistische Forderung nach entschädigungsloser Enteignung von Industrie und Großkapital reduziert die GAM, wie weiland die DKP, in ihrem Aktionsprogramm schamlos auf alle "bankrotten Betriebe und Unternehmen, die vorgeben, ihren Betrieb nur bei Entlassung der Arbeiter fortführen zu können" (*Wehrt Euch! ...*). Doch kapitalistische Krise heißt nicht Krise aller Kapitalisten! Ein Großteil des Kapitals fährt Riesenprofite ein, wie diese vorgeblichen Marxisten in ihren Blättern ja selbst erwähnen - warum, so muß man sich fragen, wollen sie diese Teile der Produktion unangetastet lassen? Hier scheinen marktwirtschaftliche Realitäten wichtigere Ratgeber zu sein als die Seite der Lohnarbeit, die sich darüber nur so lange einen Kopf macht, wie sie an sozialdemokratischen Modellen festhält - dem Rechtstrott der Masse folgend will die GAM daran offensichtlich ansetzen und ... festhalten.

Linke Flankendeckung

Doch um dann so richtig links zu erscheinen darf - im konkreten Fall natürlich - nicht fehlen, die Gewerkschaftsführung dafür zu kritisieren, daß sie nicht richtig kämpfe. Am ÖTV-Streik 1996 bemängelt die GAM z.B. die "überkommene (!) Nadelstichstrategie" (*Wehrt Euch! ...*) - war sie denn jemals nicht überkommen? - und belehrt die Wunschpartner ihrer Art von Klassenkampf in Bezug auf die nationale "Anti-Sparpaket-Kundgebung" des DGB im Juni 96 in Bonn, daß "Großdemonstrationen", "öffentlicher Protest" und "einzelne Warnstreiks" (*ebenda*) nicht ausreichen. Ja



Kurz und korrekt - doch die GAM wünscht(e) sich stattdessen Arbeiterkontrolle

sicher, die GAM steht links, wenn sie Organisationen wie die SAV (obwohl als Organisation unerwähnt) korrekt wegen der "24-Stundengeneralstreik"-Losung kritisiert. Doch "realistisch" wie die GAM nun einmal ist, reduziert sie die anstehende Aufgabe auf einen "unbefristeten Generalstreik im öffentlichen Dienst!".

Nun scheint den "RealpolitikerInnen" der GAM dabei völlig entgangen zu sein, daß sich ein Generalstreik per definitionem gerade nicht auf einzelne Branchen und Sektoren beschränkt - insofern sofort die Frage der Macht stellt. Das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den Anschluß an die Masse zu halten, verlor die GAM gänzlich den Blick für die Realität. Kämpfe auf politischer und ökonomischer Ebene konnte sie bei ihrer Propagierung für eine zusammenzuzimmernde "klassenkämpferische Basisbewegung" nicht mehr auseinanderhalten. Es gab erstens Tarifstreiks, die von der ÖTV-Führung bewußt in diesem (ökonomisch) reduzierten Rahmen öffentlich diskutiert wurden. Es gab zweitens einen Regierungsplan für Kürzungen öffentlicher Leistungen. Die ÖTV-Bonzen haben es verstanden, beides zu trennen. Sie haben den DGB-Aufruf zur Bonner Demo deshalb unterstützt, weil ein solcher Protestmarsch sich gegen das Austeritätsprogramm der Regierung wandte, ohne mit einem Wort die stattfindenden Streiks für Tarifforderungen zu erwähnen. Die GAM ist der ÖTV-Bükratie voll auf den Leim gegangen, als sie forderte:

"Flächendeckende politische Streiks, sind notwendig, bis jede einzelne Maßnahme des Sparpakets zurückgezogen wurde und die Tarifforderungen der ÖTV durchgesetzt sind" (*ebenda*).

Nicht mit einem Wort erwähnt sie in ihrem Flugblatt, daß es den ÖTV-Bükraten darum ging, den Protest gegen Bonn von den stattfindenden Streiks für Tarifforderungen zu

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin/ M. Martin,
Hamburg: Postfach 210 254
 10502 Berlin

Bay Area: Bolshevik Tendency
 PO Box 31796
 Oakland, CA 94604, USA

New York: Bolshevik Tendency
 PO Box 385, Cooper Station
 New York, NY 10276, USA

Toronto: Bolshevik Tendency
 PO Box 332, Adelaide St. Stn.
 Toronto, Kanada M5C 1J0

Wellington: Permanent Revolution Group
 PO Box 9671
 Wellington, Neuseeland

Internet: ibt@babeuf.actrix.gen.nz

1917

Englischsprachiges Organ der
 Internationalen Bolschewistischen Tendenz
 Einzel exemplar: DM 2,- + Porto DM 3,-
 Abonnement: 4 Ausgaben/DM 15,-
 Zu beziehen über Redaktionsanschrift

trennen. Damit wurde die illusionäre Hoffnung vieler GewerkschaftsaktivistInnen verlängert, bereits einen gemeinsamen Kampf zu führen. Die kämpferischen ArbeiterInnen und Angestellten sollten in Bonn ihre Wut ablassen, während die Verhandlungen auf "Tarifebene" reduziert weiterliefen und zeitgleich mit dem Dampf ablassen in Bonn in der Niederlage mündeten.

Doppelt dumm war die "Öffentlicher-Dienst-Generalstreik-Losung" insofern, da in der Automobilbranche, im HBV-Bereich und im Baugewerbe zeitgleich Verhandlungen stattfanden. Ziel der Bürokraten war natürlich die Trennung dieser Verhandlungen, um die Kontrolle zu wahren. In solchen Situationen ist es die Aufgabe von KommunistInnen, die Verbindung zwischen den einzelnen Sektoren der Arbeiterbewegung herzustellen.

Die Verbindung von politischem Protest (Regierungs-Sparpaket) und ökonomischen Forderungen (Tarif) lag ebenfalls auf der Hand und es mußte darum gehen, die notwendige Verknüpfung der Aufgaben herzustellen. Die GAM und die anderen Propagandisten einer breiten Basisbewegung unterstellten stattdessen der Gewerkschaftsführung, daß sie vorgebe beides zu verbinden, jedoch nur nicht richtig kämpfe. Man müsse sie nur zum konsequenten Kampf treiben, um siegen zu können.

Daß die GAM, wie viele andere vorgeblich revolutionäre Organisationen, der Gewerkschaftsführung zu diesem Zeitpunkt unter Bezugnahme auf die Proteste in Frankreich Ende 1995 vorwarf, "nicht bereit (zu sein), ... mit Unternehmern und Regierung 'französisch' zu sprechen" (*ebenda*), ist vielsagend: Gerade die erfolgreiche Trennung von Protestdemonstrationen gegen die Austeritätspläne der Juppé-Regierung einerseits und die Streiks im öffentlichen Dienst gegen Privatisierung (u.a. bei Elektrizität und Wasserwirtschaft) und die sektoralistischen Angriffe auf den öffentlichen Transport andererseits, haben der französischen* Bourgeoisie den Teilsieg auf Regierungsebene beschert! Die FO- und CGT-Gewerkschaftsbürokraten standen Pate für die Politik der Bosse der verschiedenen DGB-Gewerkschaften im Sommer 96 - Organisationen wie die GAM könnten deren Geburtshelfer sein, wären sie nicht so unbedeutend!

Bis in die 80er Jahre bestand die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung darin, ihren allgemeinen Verrat selbst an den unmittelbaren Interessen des Proletariats dadurch zu kaschieren, daß sie sich vorübergehend an die Spitze der Kämpfe setzte und für einzelne Reformen eintrat. In Anbetracht der entfesselten internationalen Konkurrenz und der extremen politischen Krise der Arbeiterbewegung verzichteten diese reformistischen Agenten des Kapitals in den 90ern weitgehend auf derlei Maskierung und Oppositionsspielerei.

Heute propagieren sie selbst offen Angriffe auf die Errungenschaften der Lohnabhängigen und zusammen mit ihren MitstreiterInnen in der SPD setzen sie alles daran, den "Standort Deutschland" auf Kosten des Proletariats fit zu machen. Deshalb ist es heute dringlicher denn je, die notwendige Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat zu betonen. DGB-Führung und SPD beteiligen sich heute direkt an der Offensive des Kapitals. Wenn die sozialdemokratische Führung vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten und damit das Vertrauen der in Kämpfen aktiven Kolleginnen und Kollegen besitzt, dann fordern KommunistInnen Taten von dieser Führung. Völlig unsinnig ist dies jedoch, wenn SPD und DGB-Spitze wörtlich erklären, daß sie sich gegen die Interessen der Lohnarbeit wenden (Lohnkürzungen und Sozialabbau propagieren). Ganz anders sehen das opportunistische Organisationen wie die GAM,

die den Massen empfehlen, auf Gedeih und Verderb am Rockzipfel der Bürokraten zu bleiben. Sie rufen die Massen immer dazu auf, vermehrte Taten "ihrer" Führung zu fordern:

"Durch den Druck der Gewerkschaftsbasis müssen SPD, aber auch PDS, dazu gezwungen werden, ihren Apparat und ihre Mittel einzusetzen, um tatsächliche (!?) Massen-Mobilisierungen und -Aktionen zu unterstützen, die das Regierungsprogramm zu Fall bringen" (*ebenda*).

Daß das Programm von Scharping, Schröder und Lafontaine in Teilen massivere Angriffe auf die Arbeiterklasse enthält als das der heutigen Regierung, interessiert die GAM dabei gar nicht. Ihre Losung lautet: "Diese Regierung des Kapitals muß mit allen (!) Mitteln zu Fall gebracht werden!" (*ebenda*). Und "mit allen Mitteln" heißt für die GAM erfahrungsgemäß, bei jedem Urnengang zur Wahl der SPD (oder auch mal der PDS) aufzurufen!

Tagesforderungen und Frage der Macht

Die Propagierung einer "klassenkämpferischen Basisbewegung" à la GAM ist eine Sackgassen-Orientierung. Entscheidend ist die Frage, auf welcher programmatischen Grundlage der Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen inner- und außerhalb der Gewerkschaften geführt wird. "Aktionsprogramm"-Verschnitte wie sie von den verschiedenen Teilen der Linken feilgeboten werden, führen nicht zu einer revolutionären Opposition in den Gewerkschaften. Die GAM benennt ihr Konzept ganz offen:

"... die Aufteilung der Arbeit auf alle ohne Lohnverlust und unter Kontrolle der Beschäftigten, ein Plan öffentlicher Arbeiten usw. unter Kontrolle der Arbeiter ... sind Übergangslösungen ... (Natürlich bringen auch sie nicht für sich genommen die Lösung aller Probleme; sie müssen zu einem miteinander zusammenhängenden Aktionsprogramm aus unmittelbaren ökonomischen und politischen Tagesforderungen, anderen Übergangslösungen und Maximalforderung verbunden werden.)" (*arbeitermacht* 42).

Daß die "Kernelemente" ihres "Aktionsprogramms" "Maximalforderungen" wie die entschädigungslose Enteignung des Kapitals und die Arbeiterregierung missen lassen, haben wir bereits erwähnt; daß ihre gesamte Herangehensweise ein willkürliches Stückwerk von populären Slogans ist, dokumentieren sie damit selbst: Eine Übergangslösung hier, eine andere dort, hier ein bißchen konkretistisch, dort mal mehr oder mal weniger Maximalforderungen. Die GAM nimmt von allem ein wenig und präsentiert es als "zusammenhängendes Aktionsprogramm" - je nach Konjunktur, konkret, sozusagen.

Die Trennung von Minimal- und Maximalforderungen führt nicht dazu, daß die Gewerkschaften als Organisationen für das Proletariat zurückerkämpft werden können. Notwendig ist ein Programm von Übergangsforderungen, das als vereinheitlichtes System in der Klasse verankert ist und die aktuellen Tagesforderungen mit den allgemeinen Aufgaben verbindet.

Wir treten für die Bildung von Gewerkschaftsfraktionen ein, die gegen die Kapitalisten und ihr System vorgehen, für die entschädigungslose Enteignung der Kapitalistenklasse und eine Arbeiterregierung kämpfen. Nur in der offenen Konfrontation mit der Gewerkschaftsführung und ihrer heutigen Politik kann man den Bruch mit den sozialdemokratischen Illusionen im Proletariat ermöglichen - Grundvoraussetzung, die Krise der revolutionären Führung zu überkommen und ArbeiterInnen und Angestellte in einer revolutionären Arbeiterpartei zu organisieren ■